

Die Verantwortung der Politik für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Uwe Thomas

„Hoch qualifiziert und arbeitslos – mit der Formulierung dieses Rahmenthemas für den 29. Bayerischen Hochschultag hat die Evangelische Akademie wie so oft in ihrer beeindruckenden Tradition Gespür für aktuelle Fragen und drängende Sorgen gerade der jungen Akademikerinnen und Akademiker in unserem Land bewiesen.“ – So beginnt das Manuskript der Rede von Frau Bundesministerin Bulmahn, die ihre heutige Teilnahme leider absagen musste. Das ist ihr nicht leicht gefallen, denn sie hätte sehr gern mit Ihnen über den richtigen Weg diskutiert. Ich darf nun an ihrer Stelle und auf meine Weise über die Verantwortung der Politik für den wissenschaftlichen Nachwuchs sprechen. Das wäre noch vor einem Jahr ein fröhliches Streiten gewesen, in dem gewiss unterschiedliche Wertvorstellungen und Traditionen zu Tage getreten wären, aber doch eine große Übereinstimmung darüber, die Mittel für Bildung und Forschung nicht nur möglichst effizient auszugeben, sondern sie vor allem auch entsprechend dem Bedarf weiter zu erhöhen. Letzteres tut der Bund nach kräftigen Steigerungen in den vergangenen vier Jahren in diesem Jahr nicht. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Und das ist ein großes Problem.

Ein in Amerika forschender Nobelpreisträger hat neulich, befragt nach dem Unterschied zwischen Deutschland und den USA, gesagt: In Deutschland redet jeder von Problemen, in den USA von Challenges. Ist Tutzing ein Ort, an dem in Deutschland Probleme als Herausforderungen betrachtet werden? Wo liegt das Problem, besser, worin besteht die Herausforderung? Mit einem gewaltigen Schuldenberg fertig zu werden, in die Zukunft zu investieren und trotzdem die steuerliche Belastung nicht zu erhöhen. Zur Zeit sieht es fast so aus, als könnten wir nur jeweils zwei der drei Ziele unter einen Hut bringen. Fest steht: Wir haben uns auf einen Schuldenberg eingelassen, dessen jährliche Zinslast allein für den Bund zur Zeit das Viereinhalbfache der gesamten Ausgaben des BMBF für Bildung und Forschung ausmacht. Wir haben diesen Schuldenberg in der zweiten Hälfte der Achtziger und vor allem in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre aufgetürmt. 1982 hatte der Bund 160 Milliarden Euro Schulden, 1998 743 Milliarden Euro. Kein Wunder, dass der Bundeshaushalt 2003 um zwei Prozent abgesenkt werden mußte, denn wir müssen von den Schulden runter. Der Haushalt des BMBF liegt zwar um zwei Prozent über diesem Durchschnitt, aber das kann niemanden zufrieden stellen. Denn die öffentlichen Mittel für Bildung und Forschung sind Zukunftsinvestitionen. Mit ihnen wird

der wissenschaftliche Nachwuchs finanziert, der unsere Zukunft sichert. Die öffentlichen Haushalte entscheiden in erster Linie über die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Wirtschaft erst in zweiter Linie.

Ich möchte mich zu meinem Thema wegen der Kürze der Zeit eher thesehaft als argumentativ, eher beispielhaft als umfassend in fünf Dimensionen äußern. Die erste These betrifft das Geld für den wissenschaftlichen Nachwuchs:

1. Wir brauchen mehr wissenschaftlichen Nachwuchs, und das ist die wichtigste Zukunftsinvestition in Deutschland, die auch schuldenfinanziert gerechtfertigt ist.

Deutschland produziert zu wenig Akademiker, obwohl sich in den letzten Jahren die Situation verbessert hat. Die von Frau Bulmahn durchgesetzte BAföG-Reform hat kräftig mitgeholfen. Welche Verbesserung haben wir in den letzten vier Jahren zu verzeichnen? 1998 nahmen im Schnitt in Deutschland rund 28,5% eines Jahrgangs ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität auf, im Jahr 2002 waren es bereits 35,6% und wir werden, wenn wir alles richtig machen, vor 2010 die 40% erreichen. Ich hoffe, Sie sehen es mir nach, wenn ich in diesem Zusammenhang einen Appell an das relativ reiche Bayern richte: Nordrhein-Westfalen hat rund 25% mehr Studienanfänger als Bayern, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, ganz zu schweigen von den Stadtstaaten. Eigentlich müsste Bayern noch eine weitere Universität von der Größenordnung der Ludwig-Maximilians-Universität unterhalten, um in Deutschland nicht als Nettoimporteur von Hochschulabsolventen aufzutreten. Bayern verlagert einen Teil der Investitionen in den wissenschaftlichen Nachwuchs auf andere (ärmere) Bundesländer. Ich weiß, dass das hier in Bayern ein Fettnäpfchen ist, aber Tutzing ist auch der Ort, um kraftvoll in das eine oder andere Fettnäpfchen zu treten.

Zu den Fettnäpfchen passt vielleicht auch eine Meinungsäußerung zum Thema Studiengebühren, wie sie neuerdings diskutiert werden, also einer Art Akademikersteuer mit Verlustvortrag zur Finanzierung der Hochschulen. Zwar sind sich die Länder und der Bund eigentlich einig, dass das grundständige Studium und das erste weiterführende Studium gebührenfrei sein sollen, wenn die Regelstudienzeit nicht zu sehr überschritten wird. Aber 40% eines Jahrgangs, das kostet richtig Geld, jedenfalls solange die demografische Bremse noch nicht zugeschlagen hat. Deshalb taucht immer häufiger die Frage auf, warum sollen die Studierenden ihr Studium eigentlich nicht weitgehend selbst finanzieren, da sie anschließend viel mehr Geld als zum Beispiel ein Bäckermeister verdienen?

Der große Vorteil von Studiengebühren (und ich rede hier nicht von kleinen Beträgen, z. B. Einschreibgebühren) besteht offenbar in zwei Punkten:

- Erstens: Wir erhöhen, sozusagen ganz unauffällig, die Nettokreditaufnahme, denn in Höhe des Kredits, der den Studierenden angekreidet wird, könnten sich die Hochschulen bei öffentlichen Banken refinanzieren, statt den Staatssäckel entsprechend zu belasten.
- Der zweite Vorteil ist ein Kostenbewusstsein bei den Studierenden, welches sie gewiss motiviert, diese Kosten möglichst niedrig zu halten.

Das sind durchaus Argumente, die sich sehen lassen können. Es bleibt allerdings die Kernfrage, wie man genügend viele junge Leute auch weiterhin zum Studium animiert und zum Konsumverzicht mit Blick auf eine goldene Zukunft motiviert. Auf diese Frage, nämlich wie reagieren junge Menschen auf eine nachträglich fällige Akademikersteuer, habe ich bisher keine überzeugende Antwort gefunden und sage deshalb für mich, ich halte von solchen Studiengebühren gar nichts. Da drückt sich die Politik vor der Verantwortung für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Gegen maßvolle Gebühren für Langzeitstudierende oder Senioren hätte ich hingegen keine grundsätzlichen Einwände.

2. Wir brauchen eine aktive Politik der Orientierung, in welchen Studiengängen der Grundstein zu einem gut bezahlten Beruf gelegt wird und wo die Gefahr des Mottos dieser Konferenz gilt: Hochqualifiziert und arbeitslos.

Wo steht Deutschland, im 19. und Anfang des 20. Jahrhundert das Land der berühmtesten Physiker und Ingenieure, eigentlich im internationalen Vergleich, z. B. hinsichtlich der Anzahl von Absolventinnen und Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Disziplinen? Normiert auf die Größe des Landes hatten im Jahr 2000 in Großbritannien doppelt so viele junge Menschen wie in Deutschland und dreimal so viele Frauen ein naturwissenschaftlich-technisches Studium erfolgreich abgeschlossen. Und dieses Missverhältnis gilt nicht nur im Vergleich mit Großbritannien. Ich halte diesen Befund schlichtweg für eine Katastrophe.

Was ist der Grund? Sie alle wissen, dass bis Mitte der Neunziger Jahre die Industrie und unzählige hochkarätige Kommissionen vor dem Ingenieursstudium, dem Studium der Physik oder der Informatik gewarnt haben, weil die Industrie zu dieser Zeit beim Nachwuchs gespart hat und der Staat sich leider (wegen der wachsenden Schulden) prozyklisch verhielt, d. h. den Bildungs- und Forschungsetat reduzierte. Ein kapitaler Fehler, den

wir nicht wiederholen dürfen. Es blieb erst der letzten Legislaturperiode vorbehalten, aktiv für das Studium von Naturwissenschaft und Technik zu werben, in der Informatik mit geradezu spektakulärem Erfolg, aber auch sonst durchaus erfolgreich. Aber leider gibt es eine Zeitverschiebung, vom Beginn des Studiums bis zum Eintritt in den Beruf, so dass die Folgen einer Fehlorientierung in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre noch lange nachwirken.

Es ist aber auch wahr, dass eine Voraussage des Bedarfs in bestimmten Berufszweigen mit großen Unsicherheiten behaftet ist, eine Tatsache, die den Wissenschaftsrat beispielsweise (nach einer zugegeben kontroversen Diskussion) veranlasst hat, dieses heiße Eisen doch wieder fallen zu lassen. Jetzt versucht sich die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) daran, gegen den fatalen Schweinezyklus anzukämpfen, der entsteht, weil sich die Studierenden bei der Auswahl des Fachs eher am aktuellen Arbeitsmarkt orientieren als an einer ungewissen Zukunft oder weil sie gar, mangels ausreichender Information, den Arbeitsmarkt ganz ignorieren.

Der Bund setzt sich bei der BLK dafür ein, die Berufsfelder herauszuarbeiten, auf denen in fünf bis zehn Jahren eine besonders große Lücke zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage erwartet werden kann. Dies muss man dann lautstark und deutlich in die Öffentlichkeit tragen. Wir müssen den jungen Menschen zu Beginn ihres Studiums klare Orientierungen über ihre Berufschancen nach Abschluss ihres Studiums geben, denn das ist der einzige Weg, um das Motto dieser Tagung einigermaßen gegenstandslos werden zu lassen.

Insgesamt, das zeigt die Statistik, und das wollen wir nicht vergessen, ist ein Studium jedenfalls immer noch der beste Weg, um eine spätere Arbeitslosigkeit unwahrscheinlich zu machen. Vor allem dann, wenn bei der Entscheidung über das Fach eine zuverlässige Orientierung über die späteren Arbeitsmarktchancen gegeben werden kann und diese auch wahrgenommen und angenommen wird.

3. In diesem Zusammenhang wird es höchste Zeit, einen alten Zopf in Deutschland abzuschneiden und Frauen den Weg in technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge zu ebnet.

Haben Sie in der letzten Zeit den Iran oder Indonesien besucht, die beide zu den größten islamischen Ländern der Welt zählen? In beiden Ländern sind, vor allem in den jeweils besten Universitäten und bei den technischen Fächern, Frauen nicht, wie in

Deutschland, eher selten. Sie müssen dort zwar ein Kopftuch tragen, so wie der Sparkassenvorstand in Deutschland eine Krawatte mit Brusttuchlein; aber das mindert zum Glück keineswegs ihr Selbstbewusstsein. Die Mullahs werden das noch schmerzhaft erlernen. Und bei uns? Wir liegen leider weit zurück und unsere Mullahs können sich insofern noch vergnügt zurücklehnen. Oder doch nicht?

Wir hatten hier in der Nähe, im Deutschen Museum in München im Februar 2001 eine Konferenz, deren Ergebnisse ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle. Sie finden diese im Internet unter www.impulse-nutzen.de. Ein zentrales Ergebnis der Konferenz war die Empfehlung, bis zum ersten Abschluss in einigen technisch-naturwissenschaftlichen Fächern reine Frauenstudiengänge einzuführen. Der Rat der Fachleute war, in Fächern, in denen weniger als 15% der Studierenden Frauen sind, mit reinen Frauenstudiengängen und einer aggressiven Werbung dafür das Defizit zu bekämpfen. Sobald wir wieder ein bisschen mehr Geld haben, werden wir entsprechende Projekte in der BLK vorschlagen. Aber vielleicht geht das sogar ohne Förderung, im Eigeninteresse der Hochschulen, welche auf diese Weise die besten Frauen an sich ziehen?

Ein zweiter Punkt: Wer für Frauen in Ingenieurberufen plädiert, muss sich eine Frage gefallen lassen. Wie werden Frauen in Deutschland im Berufsleben gefördert? Wie viele Hindernisse müssen sie überwinden? Und welchen hervorragenden Beitrag könnten sie als wissenschaftlicher Nachwuchs leisten, wenn diese Hindernisse überwunden werden? Neulich hatte ich das Vergnügen, mit dem Präsidenten der Leibnizgemeinschaft, Herrn Olaf Henkel, diskutieren zu dürfen. Er war gerade voll im Brass gegen die Förderung der Ganztagschule durch die Bundesregierung. Ich habe darauf verwiesen, dass nach wie vor die Kinderbetreuung zu 90% den Frauen und nur zu 10% den Männern anvertraut ist. Dann sollte man doch wenigstens dem weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs durch ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und Ganztagschulen entgegenkommen, damit sie, Mutter geworden, ihre wissenschaftliche Karriere nicht zu lange unterbrechen müssen. Nun hält Herr Henkel das Programm der Bundesregierung doch nicht mehr für völlig abwegig, weil es für Bewegung in einer auch ihm wichtigen Frage sorgt.

Nach den bisher besprochenen quantitativen und strukturellen Aspekten will ich mich noch zwei eher qualitativen Problemkreisen zuwenden.

4. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs sollte früher als in Deutschland bisher üblich Eigenverantwortung zugestanden werden.

Wie schaffen wir das? Ein Thema dieser Tagung ist die Einführung der Juniorprofessur an deutschen Universitäten. Mit dieser international durchaus üblichen Lösung soll erreicht werden, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Universitäten, übrigens auch in außeruniversitären Forschungseinrichtungen, selbständig und mit eigener Budgetverantwortung forschen können und begrenzt auch Lehrverpflichtungen übernehmen. Frau Bulmahn hat versprochen, dass sie für 3000 Juniorprofessuren in den Jahren 2002 bis 2006 rund 180 Millionen Euro für die Grundausrüstung zur Verfügung stellen wird. Mehr als 20% haben wir bis Ende 2002 bereits erreicht und befinden uns mit 620 Juniorprofessoren auf einem guten Weg. Wir sind jetzt bereits in der zweiten Förderphase und dürfen eigentlich, trotz gelegentlicher Probleme, recht zufrieden mit der Umsetzung sein. Nur in Bayern hakt es. Hier haben sich bisher nur die hervorragende Technische Universität in München und die hochinnovative Universität Bayreuth beteiligt.

Grund für den Streit mit Bayern liefert die Abschaffung der Habilitation. Diese ist eine Jahrhunderte alte ehrwürdige Tradition im deutschsprachigen Universitätsraum, und ich kann verstehen, dass die Abschaffung dieser deutschen Besonderheit nicht ohne Schmerzen vor sich geht. Wir hatten dazu im Wissenschaftsrat eine spannende Diskussion, und Herr von Trotha, der damalige Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg, ein im übrigen ausgewiesener Kritiker der Bundesregierung, meldete sich zu Wort und sprach sinngemäß: Wenn ihr die Habilitation beibehaltet, hat die Juniorprofessur keine Chance, oder sie wird sich allenfalls im naturwissenschaftlich-technischen Bereich durchsetzen. Erst das Verbot der Habilitation öffnet den Weg zum Hochschullehrer über die Juniorprofessur in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Das hat mich überzeugt.

Juniorprofessor kann man nur befristet sein. Im neuen HRG können sie unter Einschluss der Zeit der Promotion befristete Vertragsverhältnisse von insgesamt 12 Jahren, bei Medizinern von 15 Jahren, an einer Hochschule eingehen. Dann müssen sie ausscheiden, es sei denn, sie werden vorher auf eine unbefristete Stelle, zum Beispiel als ordentlicher Professor berufen. Auch im alten HRG gab es, wie Sie wissen, eine rigide Befristungsregelung für die Beschäftigung von Nachwuchswissenschaftlern, was die Süddeutsche Zeitung, als sie gegen die Befristungsregelung des neuen HRG eine Zeit lang zu Felde zog, nicht so recht zur Kenntnis nehmen mochte. Tatsächlich galt das sogar als großes Problem, solange das alte HRG in Kraft war, nicht zuletzt weil der Befristungszeitraum

kürzer und die Begründungsregelung sehr viel bürokratischer war. Das alte HRG hatte aber einen Vorzug, mehr aus einem Versehen entstanden, wenn ich den Verfassern glauben darf. Wer den Arbeitgeber wechselte, konnte einen neuen befristeten Vertrag abschließen. Und das konnte man so oft wiederholen, wie man einen geeigneten Arbeitgeber fand. Wer also zwanzig Jahre sich mit der Entzifferung einer komplizierten Steinschrift beschäftigte, konnte das durch Arbeitgeberwechsel im Rahmen von vier befristeten Verträgen schaffen, wenn genügend Drittmittel zur Verfügung standen.

Inwieweit man dabei noch von früher wissenschaftlicher Eigenverantwortung und von wissenschaftlichem Nachwuchs sprechen kann, ist eine gute Frage. Nach meiner Auffassung ist es eine Schande, wenn kulturell bedeutsame wissenschaftliche Aufgaben im Rahmen von unsozialen Zeitverträgen abgewickelt werden müssen. Ein vernünftiger Wissenschaftstarifvertrag sollte eigentlich dieses Problem lösen helfen und den Betroffenen ein ausreichendes Maß an sozialer Sicherung zugestehen. Darum bemühen wir uns. Für diejenigen unter Ihnen, die öfter mit Arbeitsgerichten zu tun haben: Das Ende eines Projekts sollte als Teilbetriebsstilllegung behandelt werden. Aber dieses Problem darf nicht mit der Frage der Juniorprofessuren und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vermischt werden, wie es im vergangenen Jahr gelegentlich geschehen ist.

5. Die große Herausforderung der nächsten Jahre ist die Sicherung einer erstklassigen Qualität unserer Hochschulen, auch im internationalen Vergleich.

Das ist ein Thema, welches in einem kurzen Statement wie diesem unmöglich adäquat behandelt werden kann. Holzschnittartig will ich das Thema nur unter dem Aspekt des Hochschulranking behandeln, obwohl ich zum Beispiel auch gerne etwas zur Dringlichkeit des weiteren Ausbaus der Eliteförderung in Deutschland gesagt hätte.

Wir hatten am Dienstag eine erste Diskussion unter Beteiligung des Wissenschaftsrats und der Hochschulrektorenkonferenz darüber, welche Ambitionen wir mit dem in der Koalitionsvereinbarung ausdrücklich genannten Hochschulranking verbinden sollten. Zwei Ziele haben sich dabei ganz besonders herauskristallisiert. Wir wollen den Studierenden zuverlässige Informationen anbieten, wo sie die besten Bedingungen für ein bestimmtes Studienfach vorfinden. Das CHE hat hier bereits, gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz, Beachtliches geleistet. Ein Zweck der Operation ist natürlich, die Hochschulen untereinander zu einem Wettlauf zu veranlassen, ihr Angebot gegenüber ihren Kunden, den Studierenden zu optimieren. Beides, die intensive Betreuung und Mitnah-

me derjenigen, die zunächst Schwierigkeiten haben und die besondere Förderung der Hochbegabten darf in diesem Wettlauf nicht zu kurz kommen.

Damit taucht ein aktuelles Problem, nein, vielmehr eine Herausforderung auf. Sollen die Hochschulen ihre Studierenden auswählen können über das Maß hinaus, das im ZVS-Verfahren bereits vorgesehen ist? Soll beispielsweise Baden-Württemberg den ZVS-Vertrag ganz kündigen und an seinen Hochschulen nur noch die deutschlandweit oder gar weltweit Besten aufnehmen und schwächere Landeskinder des Landes verweisen, wenn sie zu studieren gedenken? Ich will diesen Punkt in der Darstellung Herrn Minister Frankenberger und in der Sache zunächst dem Wissenschaftsrat überlassen, der seine Empfehlungen dazu im Sommer 2003 vorlegt, und stattdessen die Herausforderung Studienabbruch aufgreifen, weil es hier eine Wechselbeziehung gibt.

In Deutschland haben wir eine hohe Studienabbruchquote, wenn auch im internationalen Vergleich nicht außergewöhnlich. Die Studienabbrüche erfolgen allerdings extrem spät. Hier liegen wir deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Nach der neuesten HIS-Studie beträgt die durchschnittliche Studiendauer bis zum Abbruch 7,5 Semester! Das sollten wir ändern, und das können wir ändern. Ich schließe daraus: zwar keine generelle Aufnahmeprüfung bei Studienbeginn, aber intensive Betreuung in den ersten beiden Semestern und entsprechend harte Prüfungen in dieser Zeit, um denjenigen, die sich – trotz guter Betreuung – für das gewählte Studium nicht eignen, rechtzeitig Beratung und Chancen zum Wechsel zu geben.

Nun noch zu einem zweiten Ziel des Hochschulranking. Wir sollten vielleicht nicht so ausdauernd über das Problem reden, warum deutsche Hochschulen international nicht mehr als erstklassig gelten und angeblich von amerikanischen Spitzenuniversitäten deklassiert werden, sondern wir sollten darin eine Herausforderung sehen. Warum verstellen wir uns eigentlich selber den Blick, indem wir amerikanische Forschungsuniversitäten mit deutschen Universitäten vergleichen, ohne die am Standort durch gemeinsame Berufungen, Diplomanden, Doktoranden mit der Universität verbundenen außeruniversitären Forschungsinstitute einzubeziehen? Stanford hat keine Max-Planck-Institute, wie die Technische Universität München in Garching und keine Fraunhoferinstitute, wie die Technische Universitäten Stuttgart oder Karlsruhe. Wenn schon vergleichen, dann richtig. Und schon ändert sich das Bild. Das müssen wir allerdings noch international unter die Leute bringen. Zweitens, was wollen wir eigentlich vergleichen? Jedenfalls nicht ganze Hochschulen, sondern einzelne Fachbereiche, und zwar unter Einschluss der mit ihnen verbundenen außeruniversitären Forschung. Wir wollen die Besten in Deutschland

mit den Besten weltweit in ein Ranking bringen, nicht flächendeckend, das ist nicht zu schaffen, dafür aber überzeugend, unterstützt von internationalen Experten und auf einer sauberen methodischen Grundlage.

Was soll damit erreicht werden? Es wäre schon viel, wenn dann in einigen Fächern endlich einmal das Geschwätz aufhört, in Deutschland sei ein forschungsorientiertes Studium für Hochbegabte grundsätzlich schlechter als in den USA und die Chancen danach in der Forschung ebenfalls. Wir wollen aber vor allem die Herausforderung aufnehmen, besser zu werden und das dann auch lautstark und überzeugend verkünden, damit die Besten zu uns kommen oder zurückkommen und wir auf diese Weise noch besser werden.

Abschließend möchte ich noch einmal die Verantwortung der Politik für den wissenschaftlichen Nachwuchs beschwören. Was ist die Politik? Die Politik ist jedenfalls davon abhängig, dass sie vom Volk getragen wird. Beim Zusammenbruch der DDR habe ich in Dresden ein Plakat gesehen: „Was macht das Volk, es fol(k)t nicht!“ Die Politik, das sind wir alle, muss überzeugen. Wir brauchen, ich formuliere ganz einfach und platt, eine deutschlandweite breite Unterstützung für die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung, für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, beim Bund, in reichen wie in armen Bundesländern. Diese Unterstützung muss in schwieriger Zeit wie eine Lawine durch das Land gehen und die angesichts des Schuldenbergs berechtigten Bedenken der Finanzminister unter sich begraben. Das ist die Herausforderung der nächsten Monate und Jahre. Erst dann haben wir im besten Sinn Verantwortung, nicht nur für den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern für die Zukunft Deutschlands insgesamt übernommen.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Ing. E. h. Uwe Thomas
Staatssekretär im Bundesministerium
für Bildung und Forschung
53170 Bonn